

Die Begebenheiten, von denen hier die Rede sein wird, bedürfen einer kurzen Erläuterung, um den Leser nicht gleich in ein Mißverständnis zu stürzen.

Die Umgebung von Lübeck und Eutin gehörte nicht immer zu Schleswig-Holstein. Diese Tatsache ist heute nur noch wenigen bekannt, denn das sogenannte „Fürstentum Lübeck“ und das „Herzogtum Oldenburg“ mit den größeren Städten wie Eutin und Oldenburg waren selbständige Staaten. Zu Beginn des 19. Jhs. wurden beide zu einer staatlichen Einheit zusammengelegt und zu einem Fürstentum mit eigener Regierung erhoben. Nach dem ersten Weltkrieg traten alle Fürstentümer infolge der revolutionären Erhebungen ab. Der „Landesteil Lübeck im Freistaat Oldenburg“ hatte weiterhin eine eigene Verwaltung – nun aber ohne einen Großherzog. Die Nationalsozialisten wandelten diesen Landesteil 1937 zu einem preußischen Landkreis Eutin um und hoben seine Selbständigkeit auf.

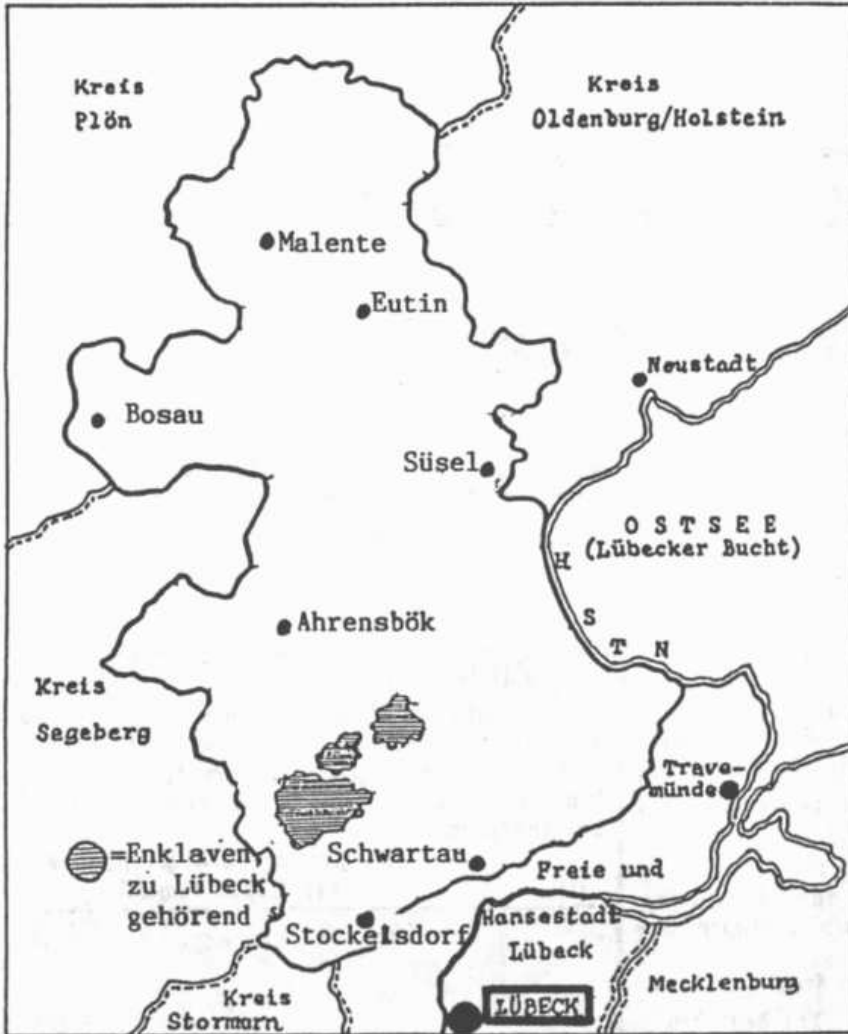
## Klaus Franck Wie ein vaterländischer Geometer ins Gefängnis kam

Ein Sozialistengesetz vor Bismarck in Eutin

### 1. Vorbemerkung



Schleswig-Holstein heute



Das „Fürstentum Lübeck“ von 1867–1933. Dieses Gebiet – lange Zeit vollkommen unabhängig – wurde erst 1937 Teil von Schleswig-Holstein.

## 2. Anfänge der Arbeiterbewegung und fürstliche Reaktion

1932 feierte der SPD Ortsverein Eutin seinen 40jährigen Gründungstag. Dieses Jubiläum beruhte auf der Gründung des Eutiner Arbeiterbildungsvereins von 1892, dem damals zugleich 29 Genossen beitraten.

Von der Frühgeschichte ihres Ortsvereins vor 1875 wußten die Genossen der 20er Jahre bereits nichts mehr. Die sozialdemokratische Vergangenheit in Eutin begann nämlich schon 1869 als hier der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ (ADAV) gegründet wurde.

Zu dieser Gründungsversammlung hatte der hiesige Bevollmächtigte des „Deutschen Zimmermanns-Vereins“ die Arbeiter Eutins und Umgebung in den Saal der Eutiner Herberge des Gastwirts Struck, Am Markt 14, eingeladen. Wesentlicher Punkt der Tagesordnung war ein Vortrag des Gen. Vater aus Hamburg über den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ (ADAV). Die Gründung des Eutiner Ortsvereins schloß sich unmittelbar an. Einen Monat später wurden die Mitglieder aufgefordert, die Mitglieds-„Karten und -Statuten“ in Empfang zu nehmen.

Ein frühes Dokument der Arbeiterbewegung: Die Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ 1869 in Eutin.

# N u z e i g e n

für das

## Fürstenthum Lübeck.

(68. Jahrgang.)

№ 88.

1869.

№ 97.

vom 3. November 1869

vom 4. December 1869

### Allgemeine Arbeiter-Versammlung

Sonntag den 7. Novbr. Nachmitt. 3 Uhr  
im Saale des Gastwirth Struck in Eutin.

Die Arbeiter Eutin's und Umgegend werden  
dringend ersucht, sich möglichst zahlreich an der  
Versammlung zu betheiligen.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Herrn Vater aus Hamburg,  
betreffend den allgemeinen deutschen Ar-  
beiterverein.

Der Zutritt steht Jedermann frei.

Der Bevollmächtigte des deutschen  
Zimmermanns-Vereines.

### Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.

Die hiesigen Mitglieder können Karten und  
Statuten am Sonntag den 5. December Nach-  
mittags 4 Uhr bei Herrn Gastwirth Struck in  
Empfang nehmen; auch werden neue Mitglieder  
aufgenommen.

Im Auftrage des Präsidiums  
der Bevollmächtigte.

Auch wenn sich der ADAV in den 60er Jahren des 19. Jhs. frei gründen konnte, hatte die staatliche Unterdrückung der Arbeiterbewegung auch hier schon Tradition. Der Großherzog von Oldenburg hatte sich nämlich 1855 einen Beschluß des Deutschen Bundes (Der Deutsche Bund war ein 1815 gegründeter, loser Zusammenschluß von Fürsten, die eine restaurative, antidemokratische Politik durchsetzen wollten) unterzeichnet, der besagte

„die in ihren Gebieten etwa noch bestehenden Arbeitervereine und Verbrüderungen, welche politische, socialistische oder communistische Zwecke verfolgen, . . . aufzuheben, und die Neubildung solcher Verbindungen bei Strafe zu verbieten.“

285

(Beiblatt zu Nr. 30. der wöchentl. Anzeigen von 1855.)

## Verordnungs-Sammlung

für das

Fürstenthum Lübeck.

Sechster Band.

XVIII. Stück. Ausgegeben den 28. Juli 1855.

Inhalt: No. 27. Verordnung vom 19. Juli 1855, betreffend den Beschluß der Deutschen Bundesversammlung vom 13. Juli 1854 über das Vereinswesen.

No. 27.

Verordnung, betreffend den Beschluß der Deutschen Bundesversammlung vom 13. Juli 1854 über das Vereinswesen.

Rastede, den 19. Juli 1855.

**Herr Nicolaus Friedrich Peter,**  
von Gottes Gnaden Großherzog von Oldenburg, Erbe zu Norwegen, Herzog von Schleswig, Holstein, Stormarn, der Dithmarschen und Oldenburg, Fürst von Lübeck und Birkenfeld, Herr von Fever und Knipphausen &c. &c.

Thun kund hiemit:

„§. 8. Im Interesse der gemeinsamen Sicherheit verpflichten sich sämmtliche Bundesregierungen ferner, die in ihren Gebieten etwa noch bestehenden Arbeitervereine und Verbrüderungen, welche politische, socialistische oder communistische Zwecke verfolgen, binnen zwei Monaten aufzuheben, und die Neubildung solcher Verbindungen bei Strafe zu verbieten.“

Urkundlich Unserer eigenhändigen Namens-Unterschrift und beigebruderten Großherzoglichen Insiegels, Gegeben auf dem Schlosse zu Rastede, den 19. Juli 1855.

(L. S.) **PETER**

von Berg.

Nutzenbecher.

Auch nach Auslaufen der Bismarck'schen Sozialistengesetze, also nach 1890, versuchte der Eutiner Bürgermeister dieses Gesetz wieder anzuwenden. Er verbot 1890 die Versammlung des „Volksthümlichen Wahlvereins für Eutin und Umgebung“ wegen der „politischen Ziele“ des Vereins.

Wenn also heute immer nur auf die zwölfjährige Verbotszeit durch das „Sozialistengesetz“ Bismarcks (1878-1890) hingewiesen wird, stimmt dies keineswegs für das Fürstentum Lübeck. Hier wurde versucht, die Verbotszeit noch zu verlängern.

So entmutigend und verhängnisvoll sich diese Jahre der Rechtlosigkeit und willkürlicher Unterdrückung auf die Betroffenen ausgewirkt haben, entbehrten einige Vorkommnisse wegen des fanatischen und unduldsamen Vorgehens nicht einer gewissen Komik. So z. B. die Geschichte von dem patriotischen Geome-

Das erste Sozialistengesetz: Der Deutsche Bund – ein Zusammenschluß reaktionärer Fürsten in Deutschland – verbot 1854 alle Arbeitervereine. 1855 galt dieses Gesetz auch im „Fürstentum Lübeck“.

3. Wie ein vaterländischer Geometer ins Gefängnis kam

ter, der in der Nacht vor Pfingsten 1878 unbedingt noch einen Sozialdemokraten verhaften lassen wollte, sich dann aber auf gestrenge Anordnung des Bürgermeisters Völkers selber im Gefängnis wiederfand.<sup>1</sup> Hier der an die Regierung gerichtete Beschwerdebrief des wackeren Vermessers:<sup>2</sup>

Eutin, den 11. Juni

An  
Die Großherzogliche Regierung  
Hieselbst

Der großherzoglichen Regierung erlaube mir Folgendes ehrerbietigst vorzutragen.

In der Nacht vom 8 auf den 9. d. Mts. kam ich mit mehreren Collegen an meiner Wohnung, dem Bieng'schen Hause, vorüber, woselbst ich mit den Worten „jetzt ist es Zeit zu Bett zu gehen, sonst haben wir morgen kein Vergnügen vom Pfingstfest“ empfehlen wollte, als ein mir unbekannter Mensch, welcher in dem Gange zwischen dem Bieng'schen Hause und der Westphal'schen Wagenfabrik stand, äußerte: „na, Leute wie Sie können schon Pfingsten feiern, aber für unsere Art Leute ist es ganz egal, ob Pfingsten oder nicht – aber der Tag ist nicht fern – die Stunde ist bald da, wo auch wir feiern werden.“

Auf meine Frage: „Dann sind Sie wohl Sozialdemokrat?“ erwiderte er: „Jawoll, das bin ich!“

Ich glaubte demnach als Patriot auf eine solch revolutionäre Äußerung hin den Menschen verhaften lassen zu müssen. Zu diesem Zweck weckte ich den Polizeidiener Pitzner und erklärte demselben, ich wünsche, daß der Mensch, welche obige Äußerung gethan, verhaftet würde, wobei ich dieses noch speziell dadurch zu motivieren suchte, indem ich sagte, daß bei einer solch bewegten Zeit, wo Buben sich nicht entblödet hatten auf seine Majestät den Kaiser zu schießen, Buben welche die Sozialdemokratie erzeugt, es Pflicht eines jeden deutschen Mannes sei, nach Möglichkeit beizutragen, das Unkraut auszurotten, welches auf Umsturz – auf Revolution sinnt.

Nun endlich sah der Polizeidiener sich veranlaßt mitzugehen. In dem Bieng'schen Hause war in Folge des Auftritts noch alles munter, auch meine Collegen waren dort in der Gaststube versammelt, an diese nun wandte sich der Polizeidiener und erklärte mir dann, auf meine Denunciation hin den Mann nicht verhaften zu können.

Nun ging ich nach der Wohnung des Herrn Bürgermeisters Völkers und weckte diesen, indem ich 3 bis 4 mal mit meinem Stock gegen die Thür schlug. Bald darauf öffnete sich ein Fenster und der Herr Bürgermeister erkundigte sich, was los sei. Ich theilte ihm, wie oben, die Sache mit, worauf er sagte, wie ich deshalb einen solchen Lärm machen könne – ich solle augenblicklich ruhig sein; ich erwiderte, ich verlange nur, daß er den inzwischen erschienenen Polizeidiener beauftrage, den Mann zu verhaften.

Hierauf erwiderte er nichts, sondern gab dem Polizeidiener den Auftrag – mich zu arretieren.

<sup>1</sup> Im Mai und Juni 1878 erfolgten zwei Attentate auf den deutschen Kaiser. Bismarck wollte diese Gelegenheit nutzen, um gegen die Sozialdemokraten vorzugehen, obwohl nachweislich keine Beziehung zwischen ihnen und den Attentätern bestand.

<sup>2</sup> Für Eutiner: Westphal'sche Wagenfabrik = heute Mahlstedtstraße 55, Bieng'sches Haus = heute Mahlstedtstraße 53

*Auf weitere Combinationen und Schlüsse will ich nicht eingehen, lege es aber der Großherzoglichen Regierung ans Herz die Sache zu untersuchen, zu beurtheilen und Weiteres zu veranlassen.*

*Einen unbescholtenen Mann ins Gefängnis werfen zu lassen, welcher das Wohl des Vaterlandes vor Augen hatte, das ist unerhört und fordert Genugthuung.*

*In größter Ehrerbietung*

*Krause I, Geometer*

